



Mittelbadischer Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. ... Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Gatz, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 56, Tel. 479.

Nummer 97

Fernruf 479

Freitag den 27. April 1934.

Fernruf 479

69. Jahrgang.

Neun Jahre Reichspräsident von Hindenburg

Vor neun Jahren, am 28. April 1925, wurde der nunmehr über 80jährige Generalfeldmarschall von Hindenburg von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes zum Reichspräsidenten gewählt.

Als der verdienstvolle Feldherr des Weltkrieges aus seiner wohlverdienten Ruhe heraustrat, um an die Spitze des Volkes zu treten, war er dem Ruf und Drängen der Volksgenossen gefolgt, die von ihm die Befreiung aus den Fesseln der inneren und äußeren Unruhe erhofften, die die marxistische Novemberrevolution des Jahres 1918 über das im Kampf gegen eine Welt von Feinden nicht erlegene Deutschland gebracht hatte.

Ein Rückblick auf die schwere Zeit, die den Generalfeldmarschall bis zum Tage der nationalen Erhebung vor die verantwortungsschwere, oft übermenschliche Kraft hinausgehenden Aufgaben stellte, ruft zunächst die Erinnerung an bedeutende außenpolitische Ereignisse wach, die in seine ersten Amtsjahre fielen. Am 1. Dezember 1923 wurde der Vertrag von Locarno abgeschlossen, und ein Jahr später trat Deutschland in den Völkerbund ein.

Aber auch im Innern sah sich Hindenburg durch die damaligen Machthaber des republikanisch-demokratischen Systems zu den schwersten Entscheidungen gedrängt. Eine fast hoffnungslose wirtschaftliche Lage, der harte Kampf zwischen den Parteien, unfruchtbarer Parlamentarismus, der eine Inflation und Neuwahlen zur Folge hatte, schließlich die Notverordnungsära des Zentrumskanzlers Brüning überbürdet dem Reichspräsidenten eine übermäßige Last an Verantwortung auf.

Göbbels-Rede in Düsseldorf

Düsseldorf, 26. April. Reichsminister Dr. Göbbels führte in seiner Rede, die er hier auf der im Rheinstadion von der Ortsgruppe Derendorfer-Nord der NSDAP. veranstalteten Kundgebung hielt, u. a. aus:

Der Nationalsozialismus der Tat wurde schon im ersten Jahre der Regierung Wirklichkeit. Wir haben 20 Millionen arbeitender Menschen zu gleichberechtigten Gliedern des Volkes gemacht. Die Regierung duldet keine Mittler zwischen sich und dem Volk. Denn diese Regierung ist selbst Volk. Sie ist die Vollstreckerin des souveränen Willens des Volkes.

Tagespiegel.

Die Krise in Spanien steht auf dem Höhepunkt, es wurde der Alarmzustand verhängt.

Durch eine amtliche Erklärung wird die Frage beantwortet, warum Deutschland den Vorschlag der Sowjetunion bezüglich der Randstaaten ablehnte.

Die Reichsregierung hat ein Gesetz über die Lohnzahlung am nationalen Feiertag (1. Mai) erlassen.

Der italienische Unterstaatssekretär Euvich machte am Donnerstag in Brüssel, der französische Außenminister in Prag Besuch.

Die japanische Regierung hat der chinesischen Regierung neue Verhandlungen über die Lage im Fernen Osten vorgeschlagen.

Im amerikanischen Senatsauschuss hat Staatssekretär Snell die Zollreformvorlage eingebracht und begründet.

Die soziale Lage weiter Schichten ist noch alles andere als erfreulich; aber jedermann hat das felsenfeste Vertrauen, daß es aufwärts geht. Wir sind zu einer inneren Geschlossenheit gelangt. Weil der Führer die Macht hat, im Namen des ganzen Volkes zu sprechen, darum verhält seine Stimme nicht mehr ungehört in der Welt.

Wenn heute wieder das Zentrum den neuen Staat zu sabotieren verläßt, so sollen die hohen Herren doch nicht glauben, daß sie unserem Scharfsinn entgehen, wenn sie sich heute die trügerische Maske einer heuchlerischen Frömmigkeit umbinden; sie sind erkannt. Das Volk hat ferner für die Kämpfe, die sich innerhalb der protestantischen Kirche abspielen, in dieser ernsten Notzeit kein Verständnis.

Deutschland will den Frieden und muß den Frieden wollen, denn Deutschland hat Jahrzehnte zu tun, um seine großen innerpolitischen Aufgaben zu erfüllen. Der Führer hat allen Mächten, auch Frankreich, die Hand gereicht. Wir haben in unserem Lande keine Kriegsgehege geduldet. Wir haben die alten Wunden vernarben lassen.

Am 1. Mai wird unser Volk vor die Welt treten, eine neue große Welle des inneren Aufbruchs wird über Deutschland hinwegbrausen. In altem Schwung und revolutionärem Elan werden wir die Massen mit uns reihen und wehden, die glauben, sich am nationalsozialistischen Staat vergreifen zu können.

und wird für das Volk durchgeführt. Die braune Armee ist die Garde unserer Revolution und steht in unverbrüchlicher Treue zum Staat und zum Führer.

Dr. Schacht über die Transferkonferenz

Berlin, 26. April. Am Donnerstagabend sprach Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die am 27. April in Berlin in der Reichsbank zusammentretende Konferenz der Gläubigervertreter für die deutschen mittel- und langfristigen Schulden über alle deutschen Mittel- und langfristigen Schulden über alle deutschen Mittel- und langfristigen Schulden über alle deutschen Mittel- und langfristigen Schulden.

Die Welt erwartet von dieser Konferenz mehr als von den bisherigen Diskussionen über die Frage der langfristigen deutschen Schulden. Die große zur Debatte stehende Frage ist, wie kann man die Uebertragung der deutschen Schuldabläufen in fremde Währung ermöglichen — denn das ist das Problem des sog. Transfers — und wie kann man die Störungen, die von diesem Transferproblem auf die Welt ausgehen, beseitigen.

Auch für das hier vorliegende Problem ist der Versailler Vertrag der Ursprung allen Übels. Aus Grund dieses Vertrages hat Deutschland jährlich Milliardenbeträge an Reparationen zu zahlen gehabt. Aber die Reparationszahlungen haben sich mit den aus Steuern aufgebrauchten deutschen Geld nicht zufrieden, sondern forderten von uns ausländisches Geld.

Obwohl angesichts dieser Sachlage nicht zugegeben werden kann, daß das auf der Konferenz zur Debatte stehende Transferproblem seine Entstehung der politischen Unvernunft der Vergangenheit verdankt, sind wir auf der anderen Seite als ehrliche Schuldner selbstverständlich verpflichtet, unseren Zahlungen nachzukommen, zumal unsere Gläubiger Privatleute sind. Der einzelne deutsche Schuldner zahlt auch die fälligen Beträge in deutschem Geld für Rechnung der ausländischen Privatgläubiger künstlich bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden ein.

Zum russischen Garantievorschlag

Deutsche Stellungnahme

Berlin, 26. April. Zu der Veröffentlichung der russischen Telegraphenagentur, die von den Vorgängen kein richtiges Bild gibt, wird von amtlicher Stelle folgendes mitgeteilt:

Am 28. März hat der Außenkommissar der Sowjetunion, Herr Litwinow dem deutschen Botschafter in Moskau gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß die Sowjetregierung es für erwünscht halte, das beiderseitige Bestreben nach Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu konkretisieren.

Die deutsche Regierung hat dieser Anregung gegenüber folgenden Standpunkt eingenommen: Es kann selbstverständlich nur mit Genugtuung begrüßt werden, wenn die Sowjetregierung jetzt den Wunsch hat, etwas Konkretes zum Zwecke der Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu tun.

Es ist schon eine auffallende Tatsache, daß Herr Litwinow mit einem Projekt zur Sicherung des Bestandes der baltischen Staaten an die deutsche Regierung herantritt, das er, wie allgemein betont, noch vor kurzem mit einer anderen Regierung verfolgt hat. Diese Initiative ist in der Öffentlichkeit vielfach als eine Aktion mit politischer Spitze gegen Deutschland aufgefaßt worden. Es ist für die deutsche Regierung einigermassen überraschend, daß die Sowjetregierung diesen Plan jetzt in der Form eines deutsch-sowjetischen Paktess verwirklichen möchte. Aber auch ganz abgesehen von dieser Vorgeschichte und von der Frage, wie sich die baltischen Staaten selbst zu dem Projekt gestellt haben oder stellen würden, ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß der Vorschlag jeder realpolitischen Grundlage entbehrt. Wenn die deutsche Regierung und die Sowjetregierung zum Zwecke der Besserung ihrer Beziehungen eine besondere vertragliche Verpflichtung hinsichtlich der Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten eingehen sollen, so steht das sinngemäß doch voraus, daß diese Unabhängigkeit und Unversehrtheit ohne solche ausdrückliche Bindung von einem der beiden Kontrahenten bedroht werden könnte. Die deutsche Regierung nimmt nicht an, daß mit einer derartigen Bedrohung von Seiten der Sowjetunion zu rechnen wäre. Selbstverständlich kann sie es aber ebenso wenig zulassen, daß ihr selbst in irgend einer Weise Nöten und Möglichen dieser Art unterstellt werden. Die Richtlinien der deutschen Politik im Osten sind von dem Herrn Reichskanzler bei den verschiedensten Anlässen öffentlich in voller Klarheit dargelegt worden und die deutsche Regierung muß jeden Versuch, die Aufrichtigkeit dieser Politik in Zweifel zu ziehen, kategorisch zurückweisen.

Wenn aber so die Möglichkeit einer Bedrohung der baltischen Staaten von Seiten Deutschlands und der Sowjetunion ausscheidet, so bliebe als realer Anlaß des vorgeschlagenen Paktess nur die Möglichkeit, daß die Unabhängigkeit und Unversehrtheit dieser Staaten von Seiten dritter Mächte gefährdet werden könnten. Auch eine solche Annahme entbehrt nach Ansicht der deutschen Regierung jeglicher Grundlage. Die deutsche Regierung vermag deshalb nicht zu sehen, inwiefern Deutschland und die Sowjetunion einen Grund haben könnten, die Rolle von Schutzmächten der baltischen Staaten zu übernehmen.

Da somit die Unabhängigkeit und Unversehrtheit der baltischen Staaten nach Ansicht der deutschen Regierung in keiner Weise bedroht ist, sieht sie keinen Anlaß, zur Sicherung dieser Staaten einen besonderen Vertrag mit der Sowjetregierung zu schließen. Von dieser Auffassung der deutschen Regierung ist die Sowjetregierung am 14. April unterrichtet worden. Sie hat dabei der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Sowjetregierung bei unvoreingenommener Prüfung der dargelegten Gesichtspunkte sich leicht davon überzeugen wird, daß der von ihr vorgeschlagene Weg tatsächlich nicht gangbar ist. Die deutsche Regierung glaubt, daß der Berliner Vertrag, der von ihr im vorigen Jahre ratifiziert worden ist, alle Elemente für die Pflege und Ausgestaltung der beiderseitigen Beziehungen enthält.

Die deutsche Regierung hat auch die interessierten Regierungen der Ostländer von dem Angebot der Sowjetregierung und der deutschen Antwort darauf verständigt.

Abjluß in London

Suwichs Erklärungen an die Presse

London, 26. April. Suwich beendete am Mittwochabend seine Londoner Besprechungen. Er gab der englischen und ausländischen Presse eine Erklärung. Hierbei sagte er u. a.: „Unsere Besprechungen verließen in dem traditionellen Geist der Freundschaft, der zwischen Italien und England besteht und der einer der Grundpfeiler in der europäischen Politik und eine Hauptstütze des Friedens ist. Wie bekannt, wollte ich nicht in einem Sonderauftrag in London. Auch war es nicht meine Aufgabe, Verhandlungen einzuleiten oder Vorschläge zu unterbreiten, da jedoch mein Besuch, obgleich er schon vor einigen Monaten eingeleitet wurde, zufällig auf einen besonders wichtigen Augenblick in der europäischen Politik fiel, hatte ich Gelegenheit zu einem ersten friedlichen Meinungsaustausch mit der englischen Regierung besonders in der Abrüstungsfrage. Während dieser Besprechungen konnten wir den Eindruck der Harmonie der Ansichten feststellen, die zwischen England und Italien in der Abrüstungsfrage besteht, besonders über die Notwendigkeit, eine Vereinbarung zwischen allen interessierten Mächten zu erreichen. Die bloße Tatsache, zu einer Vereinbarung durch ein Abkommen zu gelangen, selbst wenn dieses nicht allen bei der

Eröffnung der Abrüstungskonferenz gehegten Erwartungen entsprechen sollte, wäre von solcher Wichtigkeit, daß sie als ein endgültiger Schritt zur Wiederherstellung des Vertrauens und des guten Willens zwischen den Nationen betrachtet werden müßte.“

Suwich sagte dann noch weiter, es sei zu früh, eine Erklärung über die italienische Politik auf der Vollversammlung in Genf am 29. Mai abzugeben. Man sehe vorläufig noch unter dem Eindruck der letzten französischen Note und müsse die durch sie geschaffene Lage genau prüfen. Italien sei aber immer noch der Ansicht, daß das italienische Abrüstungsmemorandum der einzige gangbare Weg zur Lösung der Abrüstungsfrage sei. Suwich ließ in seinen weiteren Ausführungen durchblicken, daß er nicht die Pariser Auffassung teile, wonach die Abrüstungsverhandlungen nur noch auf der Genfer Plattform fortgesetzt werden könnten. Er deutete an, daß auch jetzt noch die Möglichkeit eines diplomatischen Meinungsaustausches bestehe.

Auf eine Frage des Vertreters des Deutschen Nachrichtenbüros erklärte Suwich, daß er während seiner Londoner Besprechungen die Ansicht Mussolinis zum Ausdruck gebracht habe, die darin bestehe, daß bei den Bemühungen zur Erreichung einer Abrüstungsvereinbarung keine gegen Deutschland gerichtete Front gebildet werden dürfe. Dies sei einer der klar abgegrenzten Punkte der italienischen Politik, die von Mussolini bereits des öfteren zum Ausdruck gebracht wurde. Suwich gab zu, daß auch die Donaufrage in London berührt worden sei. Die Frage des Donauvertrages entwickelte sich ohnedies gut. Es sei bekannt, daß Italien den Beitritt anderer Staaten zum Donaupakt wünsche. Die Gerüchte, daß er in London über eine mögliche Anleihe an Italien oder Desterreich verhandelt habe, seien jedoch unzutreffend. Von einer Anleihe an Desterreich sei im Augenblick keine Rede.

Neue Verfassung in Oesterreich

Vor der Einberufung des österreichischen Nationalrats

Wien, 26. April. Ueber die bevorstehende Umbildung des Kabinetts und die Einberufung des Parlaments werden jetzt offenbar auf höheren Wunsch, auch in der Presse Mitteilungen gemacht, in denen der als bevorstehend gemeldete Eintritt Starhemburgs in die Regierung als Vizkanzler und die Uebernahme des Sicherheitsministeriums durch den gegenwärtigen Vizkanzler Jey bestätigt wird. Weiter wird darauf hingewiesen, daß mit der Einberufung des Parlaments zum Montag, den 30. April, gerechnet werde. In einer einzigen Schlusssitzung soll der Kump-Nationalrat die bisherigen Notverordnungen gutheißen, das Konfordsat ratifizieren und der Regierung die Vollmachten zur Intraffsetzung der Uebergangsverfassung erteilen. Hierauf soll die Auflösung des Parlaments erklärt werden.

Wie verlautet, hat der Vatikan entscheidenden Wert darauf gelegt, daß die Ratifizierung des Konfordsats durch die verfassungsmäßigen parlamentarischen Organe und nicht durch eine Notverordnung der Regierung erfolge. Die Regierung beabsichtigt sodann, die seit März vergangenen Jahres bestehende Präsidentenliste des Nationalrats auf dem Wege einer Notverordnung zu beenden, in der die Ernennung eines Präsidenten des Nationalrats für die eine Sitzung vollzogen und rechtzeitig der Nationalrat einberufen wird. In dieser Sitzung des Nationalrats, in der gleichzeitig die bisherige verfassungsmäßige Funktion des Parlaments erlöschen wird, soll der Text der neuen österreichischen Bundesverfassung bereits vorliegen. Nach der formellen Annahme durch das abtretende Parlament soll die Verfassung am 1. Mai verkündet werden.

Die Zusammenfassung sämtlicher Wehrverbände und die Verschmelzung mit der Vaterländischen Front ist in der gegenwärtig tagenden Führersitzung des Heimatsehlers, wie verlautet, trotz der Bedenken von verschiedenen Seiten, beschlossen worden.

Erzherzog Eugen als Blahhalter

Wien, 26. April. In politischen Kreisen hält man als den aussichtsreichsten Kandidaten für den Posten des Bundespräsidenten auf Grund der neuen Verfassung den Erzherzog Eugen von Habsburg, der erst vor kurzem die Erlaubnis erhalten hat und zwar als erster von allen Habsburgern, wieder nach Oesterreich zurückzukehren. Die Kandidatur Starhemburgs wird von den Christlich-Sozialen abgelehnt. Schönburg-Hartenstein ist der Heimwehr nicht genehm.

Einheitsfront gegen Japan?

London, 26. April. Die englische Regierung bemüht sich um die Schaffung einer Einheitsfront der Weltmächte zur Abwehr der japanischen Hegemoniepläne im Fernen Osten. Die Abwehrfront hat, wie aus dem auch von Amerika in Tokio unternommenen Schritt geschlossen wird, unbedingt Aussicht für den Fall, daß Japan seine in der „fernöstlichen Doktrin“ verkündeten Ziele in die Tat umzusetzen beginnt. Maßgebende englische Kreise haben jedoch den Eindruck, daß Japan es angeht, der bereits herrschenden Spannung in den Beziehungen zur Sowjetunion nicht noch auf eine Kraftprobe mit den Mächten ankommen lassen will. Man glaubt vielmehr in London, daß durch die eingeleiteten diplomatischen Verhandlungen sich die Gemüter sehr bald wieder beruhigen werden. Wie wir erfahren, habe auch der japanische Botschafter in London, Matsuda, seiner Regierung geraten, die schädlichen Rückwirkungen der Verkündung der „fernöstlichen Doktrin“ durch offizielle Kommentare abzuschwächen. Die bisher von Tokio abgegebenen Erklärungen haben die englische Regierung auch voll befriedigt. Das englische Kabinett beschäftigt sich am Mittwoch erneut mit der fernöstlichen Frage, hat sich aber weitere Beschlüsse vorbehalten bis zum Eintreffen weiterer Berichte des britischen Botschafters in Tokio.

Japan wünscht mit China zu verhandeln

Tokio, 26. April. Wie Reuters aus Tokio meldet, ist in der Entwicklung der japanisch-chinesischen Frage eine neue Wendung eingetreten. Der japanische Außenminister Hirota unterrichtete den chinesischen Gesandten in Tokio, General Tschangtschin, in dem Sinne, daß die japanische Regierung unmittelfarb Verhandlungen in der zwischen beiden Ländern schwebenden Frage wünsche. Der japanische Außenminister hält die letzte mündliche Äußerung des Sprechers des Außenministeriums ausrecht. Er erklärt weiter, daß einige Formulierungen der chinesischen Äußerung vom 19. April zu scharf gefaßt seien. Trotzdem hoffe er, daß China mit Japan im Sinne der aufgezeigten Politik weiter zusammenarbeiten werde, denn beide Länder seien für den Frieden im Fernen Osten verantwortlich. Japan werde, so erklärte der japanische Außenminister weiter, die Interessen der übrigen Auslandsmächte in China berücksichtigen und ebenso die Selbständigkeit Chinas achten.

Dr. Schacht zum Transferproblem

Berlin, 26. April. Reichsbankpräsident Dr. Schacht stellte einer Wochenchau nachstehende Ausführungen zum Transferproblem zur Verfügung, in denen er u. a. ausführte: Tatsache ist, daß jeder deutsche Schuldner in deutscher Währung seine Zinsen und Fälligkeiten in die Konversionskasse prompt entrichtet, so daß keinerlei Zahlungsunfähigkeit seitens des einzelnen Schuldners vorliegt. Tatsache ist, daß die deutsche Volkswirtschaft zur Zeit nicht in der Lage ist, einen ausreichenden Ueberfluß an fremder Währung zu erzielen, um den Schuldnern gegen die eingezahlte Reichsmark die fremde Valuta zur Verfügung zu stellen, die der ausländische Gläubiger erwartet. Wenn man den Gründen nachgeht, die hierzu geführt haben, so ist Tatsache, daß der Erlös etwa der Hälfte aller deutschen Auslandsanleihen nicht für die Verbesserung der deutschen Volkswirtschaft, sondern für die Zahlung der Reparationen verwendet worden ist. Tatsache ist ferner, daß der Weltmarkt, aus dem allein Deutschland seine fremden Valuten verdienen kann, auf ein Drittel seines vorigen Standes zurückgegangen ist. Weitere Tatsache ist, daß die Reichsbank, die noch vor drei Jahren mehr als 3 Milliarden Gold und fremde Währungen besaß, heute nur noch 200 Millionen Gold und fremde Währung besitzt. Die Folge aller dieser Dinge ist die derzeitige Unmöglichkeit, den Transfer in fremder Valuta zu bewerkstelligen. Abhilfe kann nur von zwei Seiten kommen: Steigerung des deutschen Exports durch Belebung des Weltmarktes auf der einen Seite und auf der anderen Seite ein Entgegenkommen der Gläubiger in der Höhe der Zinsen, der Hinausschiebung der Tilgung und ähnlichem.

Sühne für die ermordeten Polizeioffiziere

Berlin, 26. April. Nach zweieinhalb Jahren soll jetzt die Ermordung der beiden Berliner Polizeihauptleute Anlauf und Leub ihre Sühne finden, die am 9. August 1931, am Tage des preussischen Volksentscheids, auf dem damaligen Willowplatz von Kommunisten erschossen wurden. Gegen 25 Kommunisten ist wegen unmittelbarer Beteiligung an der Ermordung Anklage erhoben worden. Zehn von ihnen sind nach dem Ausland geflüchtet. 14 Banditen sind wegen gemeinschaftlichen vollendeten und verübten Mordes angeklagt, während einer Frau Begünstigung

Hallo, Suse, die Konkurrenz

Ein fröhlicher Roman vom deutschen Rhein von H. P. Stolp

41. Fortsetzung. Raubdruck verboten.

„Von Johann Baderbeds Weingut!“ dienerte Sternpichel. „Sie kennen ja unsere ausgezeichneten Weine bereits.“ „Stimmt ja!“ versetzte Herr Norbert. „Sie sind doch der Herr Halbmond, nicht wahr?“ „Sternpichel!“ verbesserte der Buchhalter mild. „Hihih!“ meckerte Norbert. „Ich wußte doch noch, daß Ihr Name irgendwie mit der Astronomie zusammenhängt.“ „Also mein bezauberndes Fräulein Baderbed“, wandte er sich an Suse, „ich will doch gleich mal aufschließen, damit Sie in meinen Spritladen eintreten können!“

Herr Norbert war von Suses Liebreiz so entzückt, daß er im Augenblick ganz vergaß, daß er bereits eingekauft hatte. Zu seinem etwas verwirrten Zustand kam noch der kleine Schwips hinzu, den er sich im „Blechernen Ritter“ geholt hatte.

Er schloß auf und nötigte die beiden zum Eintreten. Dann bot er Viköre an und trank selbst noch einen ordentlichen Humpen.

Ganz plötzlich entann er sich des Abschlusses, den er bereits mit Robert Lüders getätigt hatte.

„Das ist ja nun dumm“, sagte er laut und kraulte sich nachdenklich die Platte.

Er sah auf Suse, die ihn mit all ihrer natürlichen Charn anblitzte, so daß es Herrn Robert im Verein mit dem reichlichen Weingenuß am frühen Morgen ganz blümerant um sein äußerst gutmütiges Herz wurde.

„Na“, Müuste begann er, „das macht nichts. Ich habe nämlich“, erklärte er, „schon vorhin dem jungen Lüders von Lüderschen Weingute meine Bestellung überreicht. Aber...“

Himmel! Suse guckte ganz erschrocken. Jetzt hatte dieser schlaue Robert Lüders den dicken Norbert bereits abgefangen!

„Aber das macht nichts“, setzte Herr Norbert hingerissen von der liebreizenden Persönlichkeit Suses, seine Rede fort. Er griff in die Seitentasche und brachte die Kopie des Auftrages heraus, den er Robert Lüders gegeben hatte.

„Bitte, meine Gnädigste, schreiben Sie sich dies nochmals ab. Das ist alles, was ich brauche!“ Was für ein hübscher Kerl das Baderbedsche Mädel doch war! Herr Norbert fühlte ein ganz junges Herz in seiner schon etwas angejahrten Brust.

Suse nahm beglückt die Kopie. Sie sah die Firmenaufschrift des Lüderschen Weingutes und die Endsumme des Auftrages betrug 4500 Mark.

Dieser Lüders war doch ein Teufelskerl! Eiligst schrieb sie und aufatmend gab sie ihre und Norberts Kopie zurück.

„Haben Sie meinen allerhöchsten Dank, Herr Norbert! Sie sind mir der netteste und liebenswürdigste Herr, der mir je in meinem Leben begegnet ist!“

„Aber nicht doch!“ Der dicke und halbbeschwippte Norbert zierte sich. „Es war mir ein sehr großes Vergnügen, Ihnen ein bißchen gefällig zu sein!“

Sternpichel warf einen Blick auf die Kopie und schloß völlig überwältigt die Augen.

„Wir danken Ihnen, bester Herr Norbert!“ versetzte er feierlich. Er war sichtlich ergriffen.

Suse schüttelte dem sie verklärt anschauenden Norbert burschenhaft die Hand.

„Also, nun auf Wiedersehen, mein lieber, Herr Norbert! Leider muß ich nun weiter. Wir Geschäftsreisenden, Sie wissen ja, haben es immer eilig!“

Norbert küßte dem „Geschäftsreisenden“ die Hand.

„Guten Erfolg, recht guten Erfolg, meine entzückende Gnädigste!“ wünschte er bedauernd. „Hoffentlich kommen Sie auch nächstes Jahr wieder nach hier und haben dann etwas mehr Zeit. Ich hätte Sie gern und Herrn Sternpichel...“

„Sternpichel!“ protestierte dieser weich.

„Ach, richtig, Herrn Sternpichel zu einer Tasse Kaffee eingeladen!“

Suse machte ein bedauerndes Gesicht und Herr Norbert begleitete die beiden hinaus.

„Juhu!“ machte Suse und sprang in den Wagen.

Gemeßenen Schrittes, sich wiederholt vorbeugend, ging Sternpichel an den Wagen und stieg hüschwendend ein.

Der Motor des Autos begann zu arbeiten.

Suse warf dem dicken Norbert, der unter seiner Ladentür stand, eine Kuffhand zu.

„Auf Wiedersehen, auf Wiedersehen, mein lieber, lieber Herr Norbert!“

Der Dicke winkte bedauernd mit der Hand.

Das Auto fuhr los, bog um eine Straßenecke und war den Blicken Norberts entchwunden.

Der Weinhandler ging in seinen Laden zurück.

Dort besah er sich nochmals die beiden Kopien, die jede einzelne seine handschriftliche Unterschrift zeigte.

Dann stöhnte er etwas ernüchert auf und nahm heimlich einen großen Kognak.

Für neuntausend Mark hatte er an einem Vormittag eingekauft!

Seine Frau würde er wohl in ein Sanatorium bringen müssen, wenn sie es erfuhre!

Als Suse mit ihrem Wagen aus Wenstetten ausfuhr, fand sie Roberts Wagen auf der breiten Landstraße liegen.

Sie bemerkte, daß Robert die Motorhaube aufgehoben hatte.

Sicherlich hatte der Lüdersche Wagen einen Motorendefekt, dachte sie und ließ ihren Wagen loslaufen, um zuerst im nächsten Städtchen Binsheim zu sein, wo sich drei Großkunden befanden, die sie rasch besuchen wollte, bevor ihr Robert zuvor kam.

Daß aber Robert die Panne nur vorgetäuscht hatte, um mit ihr zusammen auf der Strecke zu bleiben — von Wenstetten gab es nur eine Straße, die auf die Chaussee einmündete, und somit mußte sie an dem wartenden Robert vorüber —, das ahnte sie nicht.

...igung vorgeworfen wird. Am Abend des 3. August 1931 soll-
ten auf dem Spielplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus, der kom-
munistischen Zentrale Berlins, die Ergebnisse des Volksentscheides
bekanntgegeben werden, der auf Auflösung des preussischen Land-
tages abzielte. Es kam zu Anstimmungen und Demonstrationen,
so daß die Polizei mehrfach einschreiten mußte. Der Vor-
steher des zuständigen Polizeireviers, Hauptmann Anlauf, bei-
den Kommunisten unter dem Spitznamen „Schweinebade“ be-
kannt, inspizierte mehrmals die Polizeistreifen auf dem Platz,
wobei ihn der Polizeioberwachmeister Willig begleitete. Als
sich der Polizeihauptmann Lend erbot, ebenfalls mitzugehen,
sagte ihm Anlauf, er solle lieber dableiben, es wäre genug, wenn
zwei erschossen würden. Lend ging trotzdem mit Willig hörte
plötzlich hinter sich die Worte: „Du Husar“, gemeint war Lend,
„Du Schweinebade und Du den anderen!“ Willig griff nach der
Pistole, aber schon im selben Augenblick trachte mehrere Schüsse.
Anlauf sank tot zu Boden, während Lend einen schweren Lungen-
schuß erhielt Willig sank mit einem Bauchschuß um. Während
er gerettet werden konnte, starb Lend bald an seinen schweren
Verletzungen.

Die Untersuchungsbehörde stellte fest, daß mindestens die Er-
mordung des Hauptmanns Anlauf vorbereitet war. Der Plan
stammte offenbar von den beiden kommunistischen Reichstags-
abgeordneten Heinz Reumann und Hans Kippenberger, denen
ein sogenannter „Ordnerdienst“ zur Verfügung stand. Den
Nord verübten zwei junge Leute, der 27jährige Erich Zimmer
und der 26 Jahre alte Erich Mielke. Die beiden Mörder sind
ebenfalls flüchtig. Ihnen standen eine Reihe anderer Banditen
zur Seite, die ihnen die Opfer bezeichnen und ihren Rückzug
decken sollten.

Neues Siedlungsland

Der Vorrat für die Neubildung deutschen Bauerntums

Berlin, 26. April. Der gesamte für die Neubildung deutschen
Bauerntums gegenwärtig zur Verfügung stehende Vorrat
beträgt insgesamt 850 000 Morgen oder 207 500 Hektar. Davon
sind über 500 000 Morgen oder 125 000 Hektar fest in der Hand
der Siedlungsgesellschaften. Diese Flächen werden also im
Jahre 1934 für die Neubildung deutschen Bauerntums verwandt
werden. Die restlichen 350 000 Morgen stehen auf Grund von
Landabgabeverträgen im Zuge der Döhlsechtschuldung zur Ver-
fügung. Sie werden je nach Bedarf im nächsten oder in folgen-
den Jahren zur Befriedung kommen. Der Landanfall für 1934
ist der höchste seit Erlaß des Reichsiedlungsgesetzes im Jahre
1919. Im Durchschnitt der Jahre 1919 bis 1933 wurden jährlich
rund 67 000 Hektar besiedelt. Im Jahre 1934, dem ersten Jahre
nach der Machtergreifung, in dem nach nationalsozialistischen
Grundlagen neue Bauernstellen geschaffen werden, stehen dem-
gegenüber 125 000 Hektar zur Verfügung, also fast das Doppelte
der durchschnittlich in den Jahren der Systemregierungen be-
siedelten Flächen.

In den nächsten Tagen werden noch etwa 10 000 Hektar Land
gekauft werden. Im übrigen hat eine große Zahl von Sied-
lungsgesellschaften bereits Anweisung erhalten, beim Land-
anfall in den nächsten Wochen eine gewisse Zurückhaltung zu
üben, da übermäßiger und vorzeitiger Landanfall sowie die
angespannte Lage am Baumarkt sonst zu einer Landpreissteige-
rung und Verteuerung der fertigen Höfe zu Ungunsten der Neu-
bauern führen würden.

Die zur Verfügung stehenden Flächen werden nicht nur zur
Errichtung neuer Bauernhöfe verwendet werden, es werden
vielmehr auch ausreichende Landflächen zur Abrundung von
Kleinbauernstellen bereitgestellt, um sie zu Erbhöfen zu machen.

Lohnzahlung am 1. Mai

Berlin, 26. April. Das Ende Februar verabschiedete Gesetz
über die gesetzlichen Feiertage sah unter Aufhebung der im ver-
gangenen Jahre ergangenen Vorschriften ausdrücklich vor, daß
der 1. Mai künftig als gesetzlicher Feiertag zu gelten habe. Som-
mit war der 1. Mai, soweit er auf einen Wochentag fiel, sohn-
politisch und rechtlich nicht anders zu behandeln als sonstige
Wochenseiertage. Um für die ausfallende Arbeitszeit eine all-
gemeine Lohnzahlungsfrist einzuführen, mußte dabei ein
besonderes Gesetz ergehen. Das nun erlassene Gesetz über die
Lohnzahlung am nationalen Feiertag des deutschen Volkes
(1. Mai) läßt dort, wo bereits am 1. Mai Tarifordnungen
oder Betriebsordnungen oder Dienstordnungen des öffentlichen
Dienstes die Bezahlung ausfallender Arbeitszeit an Wochentagen
vorsehen, diese Vorschriften für den 1. Mai gelten. Wo eine
solche Regelung nicht besteht, ist für die in Folge des Feiertages
ausfallende Arbeitszeit der regelmäßige Arbeitslohn zu zahlen.
Zu vergüten ist also die Arbeitszeit, die geleistet wäre,
wenn der 1. Mai nicht zum gesetzlichen Feiertag erklärt wäre.

27 Millionen Festplaketten

Berlin, 26. April. 27,5 Millionen Festplaketten sind für den
1. Mai hergestellt worden. Bei der Anfertigung der Plaketten
ist in 278 Werkstätten in ganz Deutschland gearbeitet worden.
Dabei wurden die ausgeprochenen Notstandgebiete besonders
stark berücksichtigt. Aber es sind nicht allein die Arbeiter in
diesen Werkstätten gewesen, die durch die Herstellung der Pla-
ketten Beschäftigung erhalten haben, zunächst mußten in deut-
schen Bergwerken 5500 Zentner Erz gefördert werden, um für
die Abzeichen des Nationalfeiertages das Material zu liefern.
Insgesamt waren 1600 Arbeitsstunden zur Anfertigung der Pla-
ketten notwendig. Den Entwurf der Plakette hatte im Auftrag
des Führers Professor R. Klein in München geschaffen. Wie
der „Völkische Beobachter“ mitteilt, sind über die Gesandtschaften
auch viele Bestellungen von Auslandsdeutschen auf die Mai-
plakette eingegangen.

Die amerikanische Zollreformvorlage

Washington, 26. April. Vor dem Ausschuss des Senats verlas
Sull die Erklärung über die Zollreform. Er betonte darin, daß
Gegenstandsverträge mit fremden Mächten einseitig abgemach-
ten nur Notbehelfe für die Zeit der Krise seien. Nur wegen
der Weltwirtschaftskrise schloß Präsident Roosevelt auch die
Form der Gegenstandsverträge vor, die an und für sich nicht
dem von Amerika vertretenden Grundgedanken entsprechen. Sull wies
darauf hin, daß andere Länder mit dem Beispiel solcher zwei-
seitiger Verträge vorangehen seien und daß die amerikanische
Erzeugung die Möglichkeit des Abstoßens des Uberschusses
an das Ausland dringend nötig habe. Der Außenhandel sei ein
sehr wesentlicher Faktor für eine gesunde Wirtschaft. Nur wenn
andere Länder sich dieser Einsicht so stark, daß sie lieber
ponifikarische Zustände in der Wirtschaft des eigenen Landes an-
dauern ließen, als ihre blinde wirtschaftliche Isolationspolitik
aufzugeben. Es wäre verhängnisvoll, wenn Amerika in diesen
Fehler verfiel. Er lenkte alle die Gründe, die im Kontrast gegen
den Gegenwurf bestünden. Jetzt sei es aber an der Zeit, den
Streit über Grundbesitz zurückzustellen und sich klar zu machen,
daß es sich nur um einen vorübergehenden Notbehelf zur Ueber-
windung der außererwartlichen Lage handle. Dabei sei zu be-
rücksichtigen, daß schnell gehandelt werden müsse, um die ameri-
kanische Wirtschaft aus dieser schweren Krise herauszubringen.

Aljehins überlegene Spielführung

In Pforzheim gewann am Mittwochabend Schachweltmeister
Dr. Aljehin gegen Bogoljubow zum drittenmal. Sechs Partien
gingen bis jetzt bekanntlich remis aus, so daß der Stand des
Weltmeisterschaftskampfes nun 8:3 für Aljehin ist.

Dr. Aljehin, der wirklich ein ungemein vielseitiger und genialer
Spieler ist, erwiderte den Beginn Bogoljubows mit Ven-
oni-Gambit. Bogoljubow war auf diese für Schwarz als nicht
sehr günstig geltende Entwicklung sichtlich nicht gefaßt. Er
brauchte ungewöhnlich lang, sich damit auseinanderzusetzen. Für
13 Züge brauchte er mehr als zwei Stunden, während Aljehin
bis dahin nur achtzehn Minuten benötigt hatte. Als nun Bo-
goljubow sehr schnell spielen mußte, drückte Aljehin seinerseits
ebenfalls auf das Tempo, so daß Bogoljubow kaum mehr Zeit
zum Ueberlegen hatte. Es kam zu einem Turmendspiel, bei
dem Aljehin zwei Bauern mehr hatte. Bogoljubow gab nach
dem 46. Zug auf.

Suvich in Brüssel

Brüssel, 26. April. Der italienische Staatssekretär Suvich ist
auf seiner Rückreise von London mit dem Flugzeug in Brüssel
eingetroffen. Der Beauftragte Mussolinis hat nachmittags mit
den Vertretern der belgischen Regierung den Stand der Ab-
rüstungsfrage besprochen. Der amtliche belgische Standpunkt in
der Abrüstungsfrage hat sich seit einiger Zeit stark dem italia-
nischen und englischen Standpunkt genähert und Belgien hat
sich in der letzten Zeit ebenso wie England und Italien wieder-
holt für das Zustandekommen eines internationalen Rüstungs-
abkommens eingesetzt. Auch in der Beurteilung der letzten fran-
zösischen Note an England scheint eine weitgehende Ueberein-
stimmung zwischen Brüssel, London und Rom zu bestehen. Man
nimmt an, daß der italienische Vertreter die belgische Regie-
rung über seine Londoner Besprechungen unterrichtet. Am
Nachmittag hatte Suvich zunächst eine Besprechung mit dem
belgischen Außenminister Hymans. Im Anschluß daran wurde
er von dem Ministerpräsidenten Graf de Broqueville empfangen.
Nach diesen Besprechungen gab der Ministerpräsident dem italia-
nischen Gast einen Tee, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen
sind. Am Abend setzte Suvich seine Weiterreise nach Rom fort.

Ein baltisches Bündnis

Vitalischer Schritt zur Verwirklichung eines
baltischen Bundes

Rom, 26. April. Die litauischen Gesandten in Rom und
Riga überreichten im Auftrag ihrer Regierung der estländischen
und lettischen Regierung eine Denkschrift, in der die
litauische Regierung ihre Ansicht in der Angelegenheit der Soli-
darität und der weiteren Zusammenarbeit zwischen den balti-
schen Staaten äußert. Seit einigen Monaten sind Besprechungen
im Gange einen engeren Zusammenschluß zwischen den balti-
schen Staaten herbeizuführen. Insbesondere waren Lettland
und Estland in dieser Richtung sehr aktiv. Diese Bemühungen
sind indes in der Vergangenheit immer eine gewisse Zurückhaltung,
vor allem wegen der ungelärten Lage Lettlands und Estlands
in der Wilnafrage. Auch der vor kurzem ausgebrochene Eisen-
bahnstreit zwischen Litauen und Lettland, der bekanntlich zur
Sperrung des lettischen Verkehrs über Moskau führte, zeigte
mit aller Deutlichkeit, welche Hindernisse auch auf wirt-
schaftlichem Gebiet noch zu überwinden sind, ehe die Verwirk-
lichung des Gedankens eines engeren Zusammengehens unter
den baltischen Staaten greifbare Formen annehmen könnte. Be-
zeichnenderweise waren die Stimmen, die für eine Annäherung
der baltischen Staaten Propaganda machten, in den letzten
Wochen sowohl in Lettland und Estland, wie auch in Litauen mehr
oder weniger verstummt.

Spanien in Alarmzustand

Schwierige Lösung der spanischen Krise

Madrid, 26. April. Die spanische Regierung hat von dem
Ihre durch den Staatspräsidenten zugestandenem Recht Gebrauch
gemacht und um 24 Uhr über das ganze Staatsgebiet den Alarm-
zustand verhängt.

Die Lösung der Krise wird als sehr schwer angesehen. Es fehlt
nicht an Stimmen, die die Krise als Präsidentenkrise bezeichnen
und den Rücktritt des Staatspräsidenten für unvermeidlich halten.
Auffallend ist die Haltung der katholischen Presse und des
Führers der katholischen Volkspartei, Gil Robles, die beide
für die Wiederkehr von Verwirrung eintreten, statt selbst die Macht
zu verlangen, wie sie es erst am Sonntag bei ihrem Massenauf-
marsch in Escorial getan haben.

Bombenanschlag auf den spanischen Innenminister

Madrid, 26. April. Gegen den spanischen Innenminister wurde
am Mittwochabend in der Innenstadt von Madrid ein Bom-
benanschlag verübt. Der Anschlag erfolgte in dem Augenblick,
als der Minister seinen Kraftwagen besteigen wollte. Es scheint
bei dem Anschlag niemand verletzt worden zu sein.

Mißerfolg der Warschauer Besprechungen?

Gené, 26. April. Nach einer eigenen Meldung des „Journal
de Genève“ aus Paris hat die Reise Barthous nach Polen nur
zu sehr unvollkommenen Ergebnissen geführt. Der französische
Außenminister habe seine Ziele in Warschau nicht erreichen kö-
nnen. Der Berichterstatter des Blattes führt zum Beweis die
eigenen Erklärungen Barthous an, die dieser einer polnischen
Zeitung gegeben habe. Der französische Außenminister habe
durchblicken lassen, daß man sich über keine der großen politi-
schen Fragen wirklich geeinigt habe. Polen, so fährt der Ge-
währsmann des „Journal de Genève“ fort, hat im Hinblick auf
den Ansehens seine eigenen Gedanken, die der Entwicklung des
„Pangermanismus“ nicht entgegengekehrt sind. Es bleibe außer-
dem noch immer sehr kühl gegenüber der Tschekoslowakei. Auch
im Hinblick auf die Abrüstungsfrage sei eine gemeinsame Linie
zwischen Frankreich und Polen nicht gefunden worden. Barthou
habe auch anerkannt, daß Polen frei sei, seine eigene Politik zu
führen. Unter diesen Umständen sei es unbestreitbar, daß das
Bündnis einen etwas theoretischen Charakter habe. Die Macht-
haber Polens hielten im Grundlag ein Bündnis aufrecht, das
ihnen Vorteile biete, verfolgten aber gleichzeitig eine Politik,
die sie praktisch von Frankreich und einzelnen Mitgliedern der
kleinen Entente entferne.

Barthou in Prag

Prag, 26. April. Der französische Außenminister Barthou
traf am Donnerstag in Prag ein. Auf dem Bahnsteig wurde
er von dem tschechoslowakischen Außenminister Beneš, sowie
dem Gesandten der kleinen Entente und Polens empfangen.
Tschekische Legionäre hatten auf dem Bahnsteig und vor dem
Bahnhof Aufstellung genommen. Der Empfang wurde durch den
leise niederzieselnden Regen etwas beeinträchtigt.

Beendigung der Instandsetzungsarbeiten mit Reichs- zuschüssen bis zum 31. März 1935

Berlin, 26. April. Der Reichsarbeitsminister teilt mit, daß
der Termin, bis zu dem die mit Reichszuschüssen geförderten In-
standsetzungs- und Umbauarbeiten an Gebäuden beendet sein
müßten, bis zum 31. März 1935 verlängert ist.

Rusjanoff in Budapest

Budapest, 26. April. Der bulgarische Ministerpräsident Ru-
sjanoff ist am Donnerstag mit seiner Frau, aus Rom kommend,
hier eingetroffen. Am Bahnhof wurde er vom Ministerpräsi-
denten Gombos, dem Minister des Äußern von Kanya, sechs
anderen Ministern, einer Reihe von Staatssekretären und son-
stigen hohen Beamten, sowie von Vertretern der Hauptstadt
empfangen. Seiner Frau wurde ein Blumenstrauß überreicht.

Lokales

Wildbad, 27. April 1934.

Militärverorgungsgebühren kommen am Samstag
den 28. April, Versicherungsrenten am Montag den 30.
April beim Postamt zur Auszahlung.

Schmückt die Häuser zum 1. Mai! „Das deutsche Volk
begeht am 1. Mai d. J. in einer nationalen Demonstration
ohne gleichen die Feier der Arbeit“ ... sagt Dr. Goebbels in
seiner Maidundgebung an das deutsche Volk. Und wahrlich:
Bereits jetzt rüsten tausend und zehntausend fleißige Hände
für den Tag, an dem sich die ganze Nation vereint in un-
erschütterlichem Glauben an die deutsche Zukunft und in
fester Zuversicht auf die niemals zu brechende Kraft unseres
Lebenswillens. Wenn an diesem gewaltigen Feiertag der
Nation die Arbeit ruht, wenn der Marschtritt der Arbei-
terbataillonen durch die Straßen dröhnt, dann soll ein
Flammenmeer über Deutschland wogen, wie es in diesem
historischen Ereignis gewiß nicht armen ersten Jahr der
nationalsozialistischen Erhebung noch nie gesehen wurde. Wir
sind gewiß, daß der Apell Dr. Goebbels zur Besetzung und
Ausschmückung der Häuser nicht ungehört verhallen wird.
Der persönlichen Initiative des Einzelnen bleibt es über-
lassen, sein Haus, sein Fenster würdig zu schmücken und be-
fränzen; jeder einzelne Volksgenosse trägt damit zur Feier
des Tages selbst bei. Man glaube nicht, seiner Pflicht genügt
zu haben, wenn aus irgendeinem Winkel des Hauses ver-
schämt ein Fähnlein herauslugt. Nein! Die Fahnen müssen
prangen inmitten jungen Grüns, inmitten farbenfroher sich
wobender Guirlanden von Haus zu Haus. Jedes Auto, jedes
Fahrad, jedes Verkehrsmittel überhaupt trägt die Zeichen
der nationalen Revolution. Auch die öffentlichen Verkehrs-
anstalten, wie Reichsbahn, Straßenbahn tragen ihrerseits
ihre Teil zum Gelingen des Tages bei. Ob Fabriken, Be-
hörden oder Privathäuser, alle umschließt am 1. Mai das
grünende Band jungfräulicher Birken- und Tannenzweige,
über allen gemeinsam rauschen die Fahnen des Reiches.
Die grandioseste Demonstration deutschen Lebenswillens
kennt keine Klassen und Konfessionen mehr. Ueber alles
Trennende hinweg reicht sich das deutsche Volk die Hände
für Arbeit, für Friede und Ehre! Sehe jeder, daß ihn der
Nationalfeiertag des 1. Mai auf dem Posten findet.

Württemberg

Die neue Auskunftspflicht für die Bauwirtschaft

Aus der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums

Auf Grund der Verordnung über Auskunftspflicht vom
13. Juli 1923 ist über die Verhältnisse in der Bauwirtschaft wie
folgt Auskunft zu geben:

Bauwirtschaft, Bauleistungen, Baustoffe

1. Zur Bauwirtschaft im Sinne dieser Anordnung gehören:
die Hoch- und Tiefbaugewerbe, das gesamte Bauhandwerk, die
Herstellung von Baustoffen und der Groß- und Kleinhandel mit
Baustoffen. 2. Zu den Bauleistungen gehört auch die Bes-
timmung der dem Betrieb von Bauwerken dienenden Maschinen,
Geräte, Beförderungsmittel und sonstigen Gegenstände. 3. Unter
Baustoffen sind alle Gegenstände zu verstehen, die bei Hoch-
oder Tiefbauten einschließlich der landwirtschaftlichen Kultur-
bauunternehmungen bestimmungsgemäß als Bestandteile oder
als fest einzubauendes Zubehör verwendet werden.

Auskunftspflichtige Personen

Zur Auskunft verpflichtet sind: 1. für die einzelnen selbstän-
digen Unternehmungen: die verantwortlichen Unternehmer, Be-
triebsehaber, Leiter oder sonstigen bevollmächtigten Geschäfts-
führer; 2. für Personenvereinigungen und Vereinbarungen und
für Innungen: die nach Gesetz, Satzung, Vertrag oder auf Grund
besonderer Ermächtigung zur Vertretung, Leitung oder Ge-
schäftsführung berechtigten Personen.

Gegenstand und Umfang der Auskunft

1. Auskunft ist zu geben: 1. über alle seit 30. Januar 1933
errichteten oder beschlossenen, beim Inkrafttreten dieser An-
ordnung noch bestehenden Kartelle, Konventionen, Arbeits-
gemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse, Personenvereini-
gungen und Vereinbarungen mehrerer selbständiger Unterneh-
mer oder mehrerer Unternehmerverbände oder mehrerer sonsti-
ger Unternehmervereinigungen in der Bauwirtschaft zur Fest-
setzung von Preisen, insbesondere von Fest-, Mindest- und Richt-
preisen für Bauleistungen oder Baustoffe, zur Regelung der Art
der Preisstellung oder zur Regelung der Angebots- oder Auf-
tragsverteilung bei der Verbindung von Bauleistungen oder
Baustoffen, soweit die zu verbindenden Vereinigungen oder Zu-
samenschlüsse ihren Sitz oder eine selbständige Geschäftsführung
in Württemberg haben; 2. mit der gleichen Maßgabe über alle
Vereinigungen und Vereinbarungen, die künftig errichtet oder
beschlossen werden; 3. über alle seit 30. Januar 1933 getroffe-
nen, beim Inkrafttreten dieser Anordnung noch gültigen Preis-
regelungen, durch welche entweder Preise für Bauleistungen oder
Baustoffe erstmalig festgesetzt oder bereits bestehende Preise er-
höht wurden, soweit die Preisfestsetzung oder Preisserhöhung
erfolgt ist: a) seitens der Vereinigung oder auf Grund einer
Vereinbarung der in Ziffer 1 bezeichneten Art oder von einer
Innung, auch wenn die Vereinigung oder Innung schon früher
errichtet oder die Vereinbarung schon früher abgeschlossen wor-
den ist, b) ohne Kartell- oder verbandsmäßige Bindung von
einer einzelnen in Württemberg ansässigen Unternehmung; 4.
über alle künftigen Preisfestsetzungen und Preisserhöhungen
der in Ziffer 3 bezeichneten Art.

II. In den Fällen der Ziffer I 3 und 4 ist gleichzeitigen
1. einer erstmaligen Preisfestsetzung: wenn für vorher aufgestellte
Richtpreise oder sonstige nicht verbandsmäßig geschützte Preise
eine unbedingte Preisbindung eingeführt worden ist oder wird;
2. einer Preisserhöhung: a) wenn leistungserhöhende Abschlüsse von
Grund- oder Listenpreisen (z. B. Mengen- oder Funktions-
rabatte) nicht oder nicht mehr in der bisherigen Höhe zugelassen

find oder werden, b) wenn seitherige Zuschläge zu Grund- oder Liefenpreisen (z. B. Minderermengen- oder Güteaufpreise) erhöht worden sind oder werden, c) wenn seitherige Liefer- und Zahlungsbedingungen eine Änderung erfahren haben oder erfahren, die sich als eine Erhöhung des seitherigen Gesamtpreises auswirkt (z. B. Befreiung von Frachtpreisen).

Die Auskunftsfrist gilt nicht für Vereinigungen und Vereinbarungen der in Ziffer I 1 bezeichneten Art und für erstmalige Preisfestsetzungen und Preiserhöhungen, die von dem zuständigen Reichsminister oder mit seiner Ermächtigung oder Zustimmung angeordnet worden sind oder werden.

Form und Zeitpunkt der Auskunftserteilung

1. Die Auskunft ist ohne besondere Aufforderung in einer schriftlichen Anmeldung zu erteilen, die von der auskunftsspflichtigen Person unter Zeit- und Ortsangabe eigenhändig zu unterzeichnen ist.

2. Die Anmeldung ist in doppelter Fertigung bei dem Oberamt (in Stuttgart beim Polizeipräsidenten) einzureichen, in dessen Kreis sich der Sitz oder die selbständige Geschäftsführung der Vereinigung, der Innung oder der einzelnen Unternehmung befindet. Das Oberamt prüft die Richtigkeit und Vollständigkeit der Anmeldung und ist ermächtigt, die Nachholung unterlassener und die Ergänzung unvollständiger Anmeldungen zu verlangen und nötigenfalls zu erzwingen.

3. Die Einreichung der Anmeldung bei dem zuständigen Oberamt (Polizeipräsidenten Stuttgart) hat zu geschehen: a) in den Fällen: seitherige Vereinigungen und Vereinbarungen, Preisfestsetzungen und -erhöhungen, spätestens binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Anordnung (25. April), b) in den Fällen: künftige Vereinigungen und Vereinbarungen, spätestens binnen drei Tagen nach Errichtung der Personenvereinigung oder nach Abschluss der Vereinbarung, c) in den Fällen: künftige Preisfestsetzungen und -erhöhungen, spätestens binnen drei Tagen nach der erstmaligen Preisfestsetzung oder Preis-erhöhung.

Ueber den weiteren Inhalt der Verordnung, insbesondere über den Inhalt der Anmeldung gibt der „Staatsanzeiger“ vom 25. April Auskunft.

Stuttgart, 26. April. (Verujung.) Die Reichsdenkmalverwaltung teilt mit: Der seitherige Hauptpropagandaleiter und Leiter der Landespropagandastelle Hesse, Karl Wilhelm Treitz, ist zum stellv. zweiten Sendeleiter an den Reichsdenkmal Stuttgart berufen worden, um sich dort für eine spätere Verwendung an anderen Reichsdenkmälern einzuarbeiten.

Todesfall. In Königsberg ist, dem „Volksteutschen Dienst“ zufolge, der Ordinarius für alte Geschichte an der Universität Königsberg, Prof. Dr. Oscar Leuze, wenige Wochen vor Vollendung seines 60. Lebensjahres gestorben. Er stammte aus Weimach O. Gerabronn und habilitierte sich 1913 an der Universität Halle, um 1914 einen Ruf als a. o. Professor an die Universität Czernowitz im Bukowinland anzunehmen. Seit 1921 hat er an der Königsberger Albertus-Universität gelehrt.

Böblingen, 26. April. (Vereinigung.) Die Ausschüsse der beiden Allgemeinen Ortskrankenkassen Böblingen und Sindelfingen haben in der letzten Woche in Anwesenheit des Reichskommissars für die Krankenkassen Württembergs, Oberregierungsrat Dr. Müller und des Direktors Kaiser des Landesverbands Württemberg-Hohenzollern des Reichsverbandes der Ortskrankenkassen e. B. ihre Vereinigung in eine Allgemeine Ortskrankenkasse für den gesamten Versicherungsbezirk beschlossen. Als Zeitpunkt der Vereinigung wurde der 1. Oktober 1934 bestimmt.

Tübingen, 26. April. (Von der Universität.) Der Ministerialrat a. D. Professor Dr. jur., Dr. phil. h. c. Felix Gensmer in Marburg hat den an ihn ergangenen Ruf auf das öffentlich-rechtliche Ordinariat an der Universität Tübingen als Nachfolger von Karl Sartorius angenommen.

Ellwangen, 26. April. (Entmannungsurteile.) Die Große Strafkammer des Landgerichts Ellwangen hat in letzter Zeit die ersten Entmannungsurteile erlassen. Am 21. April wurde gegen einen Sittlichkeitsverbrecher, der zurzeit noch seine Strafe verbüßt, im Nachtragsverfahren die Entmannung angeordnet. — Am 25. April wurde ein Angeklagter wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt und daneben die Entmannung angeordnet.

Ebnat, O. Ellwangen, 26. April. (Kind erstickt.)

Der Führer ruft zum Tag der nationalen Arbeit!

Unsere Mai-Losung:
Friede, Ehre, Arbeit!

auf tragische Weise verlor am Dienstag die Familie des Faber Böhner ihr noch nicht 4 Jahre altes, einziges Kind, das an einem Bonbon erstickte.

Nagold, 26. April. (Ministerbesuch.) Ministerpräsident Mergenthaler besuchte am Mittwoch die Gauführerschule der NSDAP in Nöienbach bei Nagold und sprach dort vor dem Lehrgang der Amtswalter über politische und weltanschauliche Fragen. — Im Anschluß daran besichtigte er das Lehrerseminar Nagold.

Tailfingen, O. Balingen, 26. April. (Kreuzottern.) In der letzten Zeit haben Grabarbeiter an der Lammerbergstraße rund 45 Kreuzottern zu Tage gefördert, die nach und nach aufgefunden wurden.

Pastendorf, O. Rottweil, 26. April. (Zum drittenmal Zwillinge.) Ein ausnahmsweise reichlicher Kinderlegen ist dem Eheleuten des Landwirts und Viehhändlers Robert Hirt hier beschieden. Gewarter Storch hatte dieser Tage zum viertenmal dort Einkehr gehalten und mit Ausnahme von seinem zweiten Gang jedesmal Zwillinge abgegeben.

Saulgau, 26. April. (Brand.) Am Mittwoch brach in der Möbelfabrik des Martin Staud ein Brand aus. Das Feuer entstand in dem im Untergeschoß befindlichen Kesselraum und breitete sich rasch in dem dicht daneben befindlichen Sägmehlraum aus. Noch ehe der Brand gelöscht werden konnte, brannte es auch schon in dem darüber befindlichen Trockenraum, wo eine große Menge schon zubereitetes Holz zum Trocknen gelagert war. Die Weckerlinie hatte in kurzer Zeit den Brand gelöscht. Der Materialschaden ist erheblich.

Bad Ueberlingen, 26. April. (Töblicher Unfall.) Johs. Schneider aus Bad Ueberlingen ist im Alter von 61 Jahren infolge eines Unfalls gestorben. Er war in der Nähe von Nürberg vom Fahrrad gestürzt und hatte sich dadurch einen schweren Schädelbruch zugezogen.

Vom Salzwert Heilbronn

Dem Heilbronner Gemeinderat war unter Beteiligung von Oberbürgermeister Giltig Gelegenheit gegeben, das ganze Salzwert unter und über Tage samt der Glashütte zu besichtigen. Man erfuhr dabei erneut einiges über die Größe und Mächtigkeit des zum Heilbronner Salzwert gehörigen Salzportommens. Das Salzportommen umfaßt 22 Millionen Quadratmeter. Im Abbau befindet sich nur ein kleines Stückchen, nämlich 1170 000 Quadratmeter. Abgebaut sind davon aber nur 26 Prozent, während die restlichen 74 Prozent zur Sicherheit der Baue stehen bleiben. Immerhin machen die 26 Prozent noch 306 750 Quadratmeter aus. Sie würden einem Tunnel von 20,45 Kilometer mit 17 Meter Höhe und 15 Meter Breite entsprechen. Die Vorräte des Salzwertes werden bei Beibehaltung der heutigen Förderung auf etwa 3600 Jahre geschätzt. In ganz Württemberg werden die Salzvorräte auf 600 Millionen Quadratmeter berechnet, das sind bei einer Mächtigkeit von 25 Meter 15 000 Millionen Kubikmeter. In Heilbronn beträgt die Mächtigkeit sogar 10 Meter. Diese 15 000 Millionen Kubikmeter sind bei einem spezifischen Gewicht des Salzes von 213 31 950 Millionen Tonnen oder 639 Milliarden Zentner. Bei einer Gewinnung von nur 25 Prozent unseres württembergischen Salzportommens könnte ganz Deutschland 900 Jahre mit Salz versorgt werden. In den 50 Jahren seit Eröffnung des Salzwertes Heilbronn wurden insgesamt 463 890 Waggons gefördert. Der kürzlich gegründete Salzbund hat der ungesunden Konkurrenz durch die Kontingentierung ein Ende gemacht. Dem Heilbronner Salzwert wurden ca. 8 Prozent an Speise- und Gewerbefalz zuerkannt. Täglich werden in Heilbronn 800 bis 1000 Tonnen Salz gefördert. Davon werden 80 Prozent als Industriealz und 20 Prozent zu Speise- und Gewerbefalz verarbeitet. Das Speisefalz aus Steinalz wird im Salzwert auf ebenso eigenartige wie einzigartige Art und Weise gewonnen. Nachdem das Steinalz auf 900 Grad erhitzt worden ist, wird die glutflüssige Sole in sich drehenden Tellern allmählich abgekühlt und

zu feinem Korn granuliert. Es ist dies die einzige Salzschmelze der Welt, die zur Gewinnung von Speisefalz in Betrieb ist. Nachdem die Teilnehmer wieder jutage befördert worden waren, besichtigten sie die Saline und die Salzschmelze, die erneut einen Begriff von der Größe des gesamten Betriebes vermitteln. Zum Schluß stattete man noch der dem Salzwert vor acht Jahren angegliederten Glashütte einen Besuch ab.

Inbetriebnahme der Strecke Tuttlingen-Hattlingen (Baden)

Am Dienstag, den 15. Mai 1934, wird die neu erbaute, regelstarke Verbindungsbahn Tuttlingen-Hattlingen (Baden) in Betrieb genommen. Sie schließt in Tuttlingen an die Strecken Stuttgart-Immendingen und Ulm-Immendingen, in Hattlingen (Baden) an die Strecke Offenburg-Singen (Hohentwiel) an. Der vom 15. Mai an gültige Sommerfahrplan ist unter Berücksichtigung der neuen Verbindungslinie aufgestellt.

Aus dem Gerichtssaal

Bergehen gegen das Volksverratsgesetz

Stuttgart, 26. April. Das Sondergericht verurteilte einen 45jährigen praktischen Arzt aus dem Oberamt Weutling wegen fahrlässigen Bergehens gegen das Volksverratsgesetz zu zwei Jahren Gefängnis. Der Arzt hatte seiner Hausdame, einem älteren Fräulein, vor einigen Jahren 30 000 RM. zum Ankauf eines Hauses in der Schweiz geliehen. Diese ausländische Forderung hatte er trotz ausdrücklicher Anträge dem Finanzamt nicht angemeldet. Vor dem Sondergericht suchte er vor allem geltend zu machen, daß er die Summe seiner Hausdame nicht geliehen, sondern geschenkt habe. Dieser Behauptung stand jedoch entgegen, daß die Forderung durch Grundschuldbriefe usw. in aller Form als Darlehen gekennzeichnet und gesichert war. Der Staatsanwalt hatte wegen eines vorläufigen Verbrechens die gesetzliche Mindeststrafe von drei Jahren Justizhaus beantragt.

Betrügerischer Geschäftsführer

Göppingen, 26. April. Im vergangenen Jahr eröffnete die Stuttgarter Nationale Krankenversicherungs AG. in Göppingen eine Bezirksvertretung, übertrag die dem 39jährigen verheirateten Kaufmann Gottlob Singer von Bad Cannstatt, der ein Büro einrichtete und für das Inkasso eine Kautions von 500 RM. zu stellen hatte. Wegen sieben Fällen der Untreue, des Betrugs, der Unterschlagung und der erschweren Privaturlaubentziehung erhielt er vier Monate und 15 Tage Gefängnis, womit der Wunsch des Angeklagten hinter Schloß und Riegel zu kommen, nunmehr zur Tatsache wurde.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Trothi darf nach den Pringen-Inseln zurückkehren. Die türkische Regierung hat sich mit der Rückkehr Trothis nach den Pringen-Inseln im Marmarameer unter den früheren Bedingungen einverstanden erklärt.

Aktienziehung in Höhe von 12 Millionen Dollar in Amerika. Der Bundesrichter hat den Konkursverwalter der Paramount Public Corporation beauftragt, beim Obersten staatlichen Gerichtshof gegen 18 Direktoren und frühere Direktoren eine Klage wegen Rückerstattung von über 12 Millionen Dollar anzustrengen. Die Beklagten haben die Konkursmasse angeblich um diese Summe durch Aktienziehungen geschädigt.

Großmuttermörder zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht Berlin verurteilte den Angeklagten Vogelmann, der seine Großmutter, die Witwe Ernestine Andrusjewski im Dezember 1933 ermordet und beraubt hatte, zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Vier französische Seeleute ertrunken. Im Rotterdamer Hafen schlug eine Segeljolle, in der sich französische Seeleute, Angehörige der Besatzung des Dampfers „Pierre Gaujon“ aus Dunkirkien befanden, infolge eines falschen Manövers um 4 Injassen ertranken.

Neuschnee im Allgäu. Der Einbruch eines erneuten Temperatursturzes verurteilte, wie aus Kempten gemeldet wird, im ganzen Allgäu den Eintritt empfindlicher Kälte und Neuschnee. Die Gipfel der Allgäuer Hochalpen erscheinen im Schneekleid. Der Neuschnee liegt in den Höhenlagen 25 Zentimeter hoch, in den Mittellagen und in den Tälern weist die Neuschneedecke einen Stand von durchschnittlich 12 Zentimeter auf.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Setzungsverein „Bildbader Tagblatt“, Bildbader Tagblatt, Bildbader L. Schwarzwald (Geb. Th. Bad.) 924 2. 24. 730.

Guter Rat zur Blumenpflege

Alle Pflanzen benötigen zum Wachsen u. Blühen Stickstoff, Kali u. Phosphorsäure. Geben Sie deshalb Ihren Blumen alle 8 Tage

Mairol im Gießwasser

denn Mairol enthält alle Nährstoffe in der zuträglichsten Form. Mairol empfiehlt als den besten Pflanzendünger: Eberhard-Drogerie Plappert, Gärtnerei C. Schöber, Dose 50 Pfg.



Schützenverein Wildbad

Gegründet 1843.

Morgen Samstag abend 1/9 Uhr findet im Hotel „Deutscher Hof“ eine außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Wahl des Oberschützenmeisters.
2. Verschiedenes.

Sch erwarten vollständige Beteiligung der Ehren-, aktiven und passiven Mitglieder im Interesse der wichtigen Tagesordnung. Der Schützenmeister.

NB. **Schlußschießen** am Sonntag, 29. April 1934.

Nehme Bestellungen

für fertig gebundene

Guirlanden u. Kränze

für den 1. Mai

entgegen.

Gärtner Wolf.

Eine Partie Resttapeten

neue Muster von 4 Ml. an

für ein Zimmer reichend

Einige Hakenkreuzfahnen

sowie Lederzeug für SA.,

SS., SA. und Stahlhelm

empfehlen

E. Hagenlocher.

Sämtliche Druckarbeiten

liefert schnell und preiswert die Tagblatt-Druckerei

..... und deshalb ein- für allemal:

Die Schuhe putzt man mit



Erdal

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Für das Fahrrad

Fahrrad-Emaille kleine Dose, farbig 0,25, schwarz	0.18
Fahrrad-Oel harz- und säurefrei Flasche	0.18
Fahrrad-Vaseline zum Einleiten der Nockentaste Dose	0.10
Schuhblech schwarz, montierfertig, zweifellig	0.75
Gepäckträger Metallrohr, schwarz emailliert	1.45
Fahrrad-Schutzkette mit Geheimschloß, 4-fache Zahleneinstellung	1.00
Fahrrad-Sattel mit Druck- und Stoßfedern	2.85

Brosche

(Pfeilform) mit Diamanten gefaßt, entweder Kernerstraße oder Anlagen verloren.

Abzugeben gegen hohe Belohnung im Strandbad Großmann.

Sie sind zu dick!

Herz, Leber, Darm, Niere usw. arbeiten besser, wenn Sie mindestens 10 Pfd. abnehmen. Schlank sein, heißt gesund sein. Schlank sein, heißt auch schön sein. Beginnen Sie noch heute mit der festsitzenden „Relina“-Kur, den unschätzblichen Entfettungstabletten. RM 1.75. In allen Apotheken erhältlich. Verlangen Sie nur „Relina“.

Stadtgemeinde Wildbad.

Reisschlag-Verkauf.

Am Mittwoch den 2. Mai

1934, nachmittags 5 1/2 Uhr,

im „Ratskeller“ aus Abt.:

Eberhardsteige, Ziegelsteige,

Tannschächle, Farnplatte,

Materhofwegle, Straubenriß,

Megenriß, Lotibaumsteige,

Bickenbrand, Ob. Pächlesweg,

Soldatenbrunnen und Buch-

platte = 25 Lose, geschätzt

zu 170 Bu.-Bellen, 100 gem.

Bellen und 1280 Radelholz-

wellen.

Jahrgang 1894.

Samstag abend 8 Uhr Zu-

sammenkunft aller im Jahre

1894 Geborenen in der

Bahnhofschenke

Mehrere 1894er.

Rechnen Sie mal

nicht nach Mark, sondern nach Quadratmetern. Wenn Sie bedenken, daß Sie mit einer Pfunddose KINESSA-Bohnerwachs 80 qm Parkett oder Linoleum behandeln können, daß der harte Spiegelglanz wochen-, ja sogar monatelang anhält und wiederholt nach gewischt werden kann, so werden Sie finden, daß es bei diesen großen Vorzügen nichts preiswerteres gibt, als das ausgezeichnete

KINESSA

BOHNERWACHS

Eberhard-Drogerie K. Plappert

NSU-Fahrräder

für Herren und Damen

sowie

sämtliche Ersatzteile

billigst

Karl Tubach jun.

Telephon 437

Visitkarten

liefert in kürzester Frist die

Tagblatt-Geschäftsstelle.

